

# Zürich als Versuchslabor für den Arbeitskampf

*Erst die Polizei, jetzt die VBZ: Streik wird im öffentlichen Dienst als Druckmittel populär. Im linksgrünen Zürich proben Gewerkschaften den Kampf. Von Thomas Ribli*

Vor rund einem Monat kündigte der Polizeibeamtenverband der Stadt Zürich an, die Zürcher Polizisten würden drei Monate lang keine Ordnungsbussen mehr ausstellen, um auf ihre hohe Arbeitsbelastung und die Forderung nach fünfzehn zusätzlichen Stellen aufmerksam zu machen. Diese Woche nun scherte der VPOD aus Verhandlungen mit den Zürcher Verkehrsbetrieben (VBZ) aus und drohte mit Streikmassnahmen des Fahrpersonals, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden – es geht in erster Linie um zwei viertelstündige Pausen pro Tag für Tramführer und Busfahrer. Gewiss, die beiden Fälle sind nicht vergleichbar, sie haben unterschiedliche Hintergründe und können nicht über einen Leisten geschlagen werden. Gemeinsam ist ihnen aber, dass die Wortführer der Arbeitnehmer – bei den VBZ ist es eine der drei beteiligten Gewerkschaften – Streik oder zumindest die Streikdrohung als Druckmittel einsetzen.

## *Neue Töne von den Gewerkschaften*

Der Bussenstreik der Stadtpolizei ist zurzeit sistiert. Die Drohung liegt aber nach wie vor in der Luft, solange die Gespräche der Tarifpartner am Laufen sind. Und der VBZ-Streik ist vorläufig abgewendet, die Trams und Busse fahren normal: Die Gewerkschaft hat den VBZ und dem Stadtrat aber eine Frist gesetzt und beharrt darauf, dass dieser auf ihre zentralen Forderungen eingeht. Doch ob am Ende wirklich gestreikt wird, ist schliesslich nur das eine. Besorgniserregender ist, dass der Streik im öffentlichen Dienst anscheinend wieder zum probaten Kampfmittel wird. Das sind neue Töne. Man muss schon einige Jahre zurückblicken, um in Zürich auf Streiks von öffentlichen Angestellten zu stossen. 2006 hatte das technische Personal des Schauspielhauses während rund einer Woche die Arbeit niedergelegt, bis in Verhandlungen schliesslich ein gemeinsamer Nenner gefunden wurde. Und 2003 waren einige tausend Lehrer an öffentlichen Schulen im ganzen Kanton in einen eintägigen Streik getreten, um gegen Sparpläne des Regierungsrats im Bildungsbereich zu protestieren.

Unabhängig davon, ob man die Forderungen der Polizisten und des VBZ-Fahrpersonals als berechtigt betrachtet oder nicht: Streik darf kein Argument sein. Er ist keine Massnahme, die Arbeitnehmer nach Belieben einsetzen dürfen, sondern, wenn überhaupt, eine «ultima ratio». Auch wenn es bei

der Stadtpolizei nicht nur um fünfzehn Stellen und bei den VBZ kaum nur um dreissig Minuten Kaffeepause geht, sondern hinter den Forderungen tiefer liegende Unzufriedenheit steckt: Streiks sind in keinem Fall gerechtfertigt. Das sollte auch den Akteuren auf gewerkschaftlicher Seite bewusst sein. Und wahrscheinlich ist es das ja auch. Denn offenbar ist Zürich zurzeit Schauplatz eines gewerkschaftlichen Muskelspiels. Man wird den Eindruck nicht los, ein Teil der Gewerkschaften nütze die Arbeitskonflikte recht bereitwillig, um die Tauglichkeit ihrer Kampfmassnahmen auszuloten.

## *Die Augen richten sich auf Zürich*

Dass die Gewerkschaften ihre Messer ausgerechnet in der linksgrün regierten Stadt Zürich wetzen, macht die Sache pikant. Genau deshalb ist der Ausgang der Konflikte auch besonders bedeutungsvoll. Denn wenn sich zeigen sollte, dass Angestellte im öffentlichen Dienst in Zürich mit Streikdrohungen Erfolge erpressen können, könnte der Funke leicht auf andere Berufsgruppen, andere Städte oder Kantone überspringen. Die Augen sind auf Zürich gerichtet. Der militante Teil der Gewerkschaften will offensichtlich die günstige politische Konstellation ausnützen und macht die Stadt zu einem Versuchslabor für Arbeitskampfmassnahmen. Im Klartext: Die Gewerkschaften hoffen, dass ihre Anliegen in dem von SP und Grünen dominierten Stadtrat geduldet werden, wenn nicht gar salonfähig werden.

Vor diesem Hintergrund ist genau zu beobachten, wie sich das linksgrüne Zürich verhält. Die städtische Exekutive muss sich jedenfalls der politischen Dimension des Konflikts bewusst sein. Wenn die Gewerkschaften die grobe Keule schwingen, muss die Stadt unmissverständlich klarmachen, dass es keine Alternative zu Verhandlungen gibt. Die direkt involvierten Stadträte – der grüne Polizeivorstand Daniel Leupi und Andres Türler, der freisinnige Vorsteher der Industriellen Betriebe – müssen in dieser Position vom Gesamstadtrat gestützt werden. Wer in Verhältnissen, wie sie in Zürich herrschen, mit Streik droht, darf nicht dafür belohnt werden. Die Bevölkerung hätte für einen Streik sowieso kaum Verständnis. Viele Menschen mussten in den letzten Jahren am Arbeitsplatz zum Teil empfindliche Einbussen hinnehmen. Sie hören mit Kopfschütteln, über welche Forderungen da gestritten wird.